

Deutscher Bundestag ■ Wissenschaftliche Dienste**Ziele und Interessen der EU im Schwarzmeerraum**

Mit dem Beitritt Bulgariens und Rumäniens am 1. Januar 2007 ist die Europäische Union (EU) zum Anrainer des Schwarzen Meeres geworden. So überrascht es nicht, dass sie ihre Ziele und Interessen im Hinblick auf die Schwarzmeerregion bereits im Vorfeld dieser Erweiterung neu ausgerichtet und konkretisiert hat: Neben der 2006 um eine östliche Komponente erweiterten Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ist auch die "neue Ostpolitik" der EU auf eine vertiefte Zusammenarbeit in und mit den Schwarzmeer-Ländern ausgerichtet. Aktuell rückte die Schwarzmeerkooperation durch die Mitteilung der Kommission vom 4. Dezember 2006 zur Stärkung der ENP in das Zentrum der Aufmerksamkeit. Die Kommission bezeichnet darin die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Schwarzmeerraum (BSECO) als "gute Plattform für den Dialog und die Zusammenarbeit mit der gesamten Region" und regt die Beteiligung der EU daran als Beobachter an. Als neuen, multilateralen Ansatz in der Region schlägt die Kommission in ihrer Mitteilung vom 11. April 2007 eine "Schwarzmeersynergie – eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit" vor, die nach dem Vorbild der "Nördlichen Dimension" regionale Projekte im Südosten Europas fördern soll. Am 21./22. Juni 2007 könnte sich der Europäische Rat des Dokumentes annehmen.

Das Schwarze Meer, die Schwarzmeerregion und der "erweiterte Schwarzmeerraum"

Vielfältige Handelswege spiegeln das ökonomische Potenzial des Schwarzen Meeres wider: Als östliches Nebenmeer des Mittelmeeres ist es mit diesem durch Bosphorus, Marmarameer und die Dardanellen verbunden. Der Wolga-Don-Kanal ermöglicht Schifffahrt bis zum Kaspischen Meer, zur Ostsee und zum Weißen Meer, und neben Donau und Wolga münden der russische Don und der moldawische Dnjestr in das Schwarze Meer. Zahlreiche bedeutende Seehäfen in allen sechs Anrainerstaaten – Bulgarien, Rumänien, Georgien, Russland, die Türkei und die Ukraine – tragen der wirtschaftlichen Bedeutung des Binnenmeeres Rechnung. Diese sechs Staaten bilden den "engeren Schwarzmeerraum". Die politischen und wirtschaftlichen Interessen und Ziele der EU, USA und Russlands betreffen darüber hinaus auch das Gebiet zwischen Schwarzem Meer und Kaspischem Meer als das zweitgrößte Reservoir an fossilen Energieträgern. Dieser sog. erweiterte Schwarzmeerraum (*Wider Black Sea Area*) umfasst insgesamt 14 Staaten mit einer Bevölkerung von ca. 350 Mio. Menschen. Der Fokus der internationalen Aufmerksamkeit ruht neben den Anrainerstaaten

auf der Republik Moldawien sowie auf den drei Republiken des Südkaukasus Georgien, Armenien und Aserbaidschan.

Krisenregion Südkaukasus

Nach Auflösung der Sowjetunion und den Unabhängigkeitserklärungen in den südkaukasischen Republiken Georgien, Armenien und Aserbaidschan entwickelten sich in allen drei Ländern ethnisch-politische Nationalbewegungen, die seit den 1990er Jahren lokale und blutige Auseinandersetzungen entfesselten. Noch heute ungelöst sind die sog. eingefrorenen Konflikte (*frozen conflicts*), d.h. die Separationsbestrebungen Südossetiens und Abchasiens sowie die Kämpfe zwischen Armeniern und Aserbaidschanern um Berg-Karabach. Folgen dieses Kriegszustandes sind eine verheerende humanitäre Situation, zerstörte Infrastruktur und eine unterentwickelte Wirtschaft: keine hoffnungsverheißenden Voraussetzungen für eine Vertiefung der Schwarzmeerkooperation. Die Kommission betont in ihrer Mitteilung über die Stärkung der ENP vom Dezember 2006, dass eine dauerhafte friedliche Lösung nur mit Beteiligung Russlands möglich sei.

Bestehende Kooperation im Schwarzmeer- raum

Die sechs Anrainerstaaten gründeten am 25. Juni 1992 die *Black Sea Economic Co-operation Organisation* (BSECO). Mit Moldawien, Serbien, Albanien, Griechenland und Aserbaidschan hat sich die Vereinigung bis 2007 um weitere sechs Mitglieder erweitert; das Aufnahmeverfahren von Montenegro ist anhängig. Weiteren 13 Staaten wird ein Beobachterstatus zuerkannt: Deutschland, Frankreich, Polen, Weißrussland, Tschechien, Slowakei, Österreich, Italien, Kroatien, Israel, Ägypten, Tunesien und den USA. Trotz der Einladung an die EU, ebenfalls als Beobachter an den Aktivitäten der BSECO teilzunehmen, hat die Union von dieser Möglichkeit bislang keinen regelmäßigen Gebrauch gemacht. Mit der Ankündigung der Kommission im Dezember 2006, sie werde prüfen, "wie sie mit der BSEC engere Kontakte aufbauen oder dort sogar einen Beobachterstatus erhalten könnte", kündigt sich jedoch eine Abkehr von dieser Praxis an. Auch in ihrer Mitteilung zur Schwarzmeersynergie bekräftigt die Kommission, sie habe „nun auch (...) die Absicht, für sich und die einzelnen EU-Mitgliedstaaten den Beobachterstatus zu erlangen“. Das wichtigste Organ der BSECO ist der zweimal jährlich tagende Rat der Außenminister, dessen derzeitigen halbjährlichen Vorsitz Serbien seit November 2006 inne hat. Als Hauptziele hat sich die BSECO die Förderung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, die Unterstützung der Mitgliedstaaten bei ihrer Integration in die weltweite Wirtschaft sowie die Konfliktprävention und -lösung im Einklang mit der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) gesetzt. Eingeschränkte Funktionsfähigkeit der BSECO verhinderte jedoch bislang effiziente Maßnahmen zur Umsetzung dieser Ziele: Vor allem der mangelnde politische Wille der Beteiligten, das Einstimmigkeitserfordernis und starke nationalistische Strömungen tragen zu einer nur trägen Tätigkeit der Organisation bei. Allerdings bietet die Institution die einzige Plattform, auf der die Konfliktparteien Aserbaidschan, Armenien und Georgien regelmäßig zusammentreffen und -arbeiten. Unterstützend flankiert werden die Bestrebungen der BSECO von der *Parliamentary Assembly of the Black Sea Economic Cooperation* (PABSEC), dem *BSEC Business Council* und der *Black Sea Trade and Development Bank* (BSTDB).

Die 1993 als parlamentarischer Arm der BSECO gegründete PABSEC fördert deren Projekte, indem sie Empfehlungen ausarbeitet, die bspw. auf die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Harmonisierung von Gesetzen abzielen. Sie setzt sich aus 74 Parlamentariern aus den Ländern der Schwarzmeerkoooperation zusammen; Beobachterstatus besitzen u. a. die nationale Volksversammlung Ägyptens, der Deutsche Bundestag, die französische Assemblée Natio-

nale, die Knesset (Israel) und der slowakische Nationalrat.

Wirtschaftsvertreter der BSECO-Mitgliedstaaten kommen im *BSEC Business Council* mit dem Ziel zusammen, Handelskanäle und Wirtschaftsbeziehungen innerhalb und außerhalb der Region zu öffnen und zu fördern. Er leitet Informationen und Vorschläge an den BSECO-Rat der Außenminister weiter.

Die BSTDB – der finanzielle Pfeiler der BSECO – wurde 1999 von Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bulgarien, Georgien, Griechenland, Moldawien, Rumänien, Russland, der Türkei und der Ukraine gegründet. Sie unterstützt die regionale ökonomische Entwicklung und Kooperation durch Handelsfinanzierung sowie durch gezielte Projektförderung und Kreditvergabe.

Aktuelle Projekte der BSECO werden auf dem Gebiet des Studentenaustausches und der Infrastrukturverbesserung entwickelt. So ist z. B. der Bau einer Autobahn rund um das Schwarze Meer geplant, die Russland mit der Ukraine, Moldawien, Rumänien, Bulgarien, Griechenland, der Türkei und Georgien verbinden und damit den Handel und Transport zwischen den BSECO-Staaten vereinfachen soll.

Ziele und Konzept der EU im Schwarzmeer- raum

Die EU verfolgt drei Hauptinteressen im Schwarzmeerraum: Konsolidierung demokratischer Staaten, Sicherheit und Energie(versorgungs)sicherheit.

Voraussetzung für eine umfassende und entwicklungsfähige Kooperation mit und in der Schwarzmeerregion ist die Konsolidierung demokratischer regierungsfähiger Staaten. Angesichts der schwierigen Situation im Südkaukasus liegt das Hauptaugenmerk der EU auf der Vermittlung z.B. der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit als Basis einer demokratischen Ordnung. Eine mittelbare Betroffenheit der EU durch die südkaukasische Krisenregion in Georgien, Armenien und Aserbaidschan existiert über die gemeinsame Mitgliedschaft sowohl im Europarat als auch in der OSZE und begründet das gesteigerte Interesse der Union an einem stabilen Schwarzmeerraum.

Seitdem der russisch-ukrainische Gasstreit 2005/2006 ein energiepolitisches "Erdbeben" auslöste, setzt die EU auf ein diversifiziertes Liefernetzwerk mit einem reduzierten Anteil von Monopolisten wie GAZPROM. Im Zentrum der Bemühungen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft hinsichtlich der Schwarzmeerregion steht dementsprechend die Energieversorgungssicherheit, die durch eine vertiefte regionale Kooperation erreicht werden soll. Gerade in der Schwarzmeerregion, die eine immer wichtigere

Rolle für den Transit der kaspischen Energieresourcen übernimmt, überlagern sich die Interessen und Aktivitäten von Liefer-, Transit- und Verbraucherländern. Die Bundesregierung als amtierender EU-Ratsvorsitz schlägt die Ausdehnung der 2005 gegründeten Energiegemeinschaft Südosteuropa über die EU-Grenzen vor und betrachtet die südkaukasischen Republiken als mögliche Partner. Diese Erweiterung würde eine stärkere regionale Kooperation initiieren und somit einen wichtigen Baustein der erweiterten ENP bilden. Allerdings sind die vorhandenen Strukturen im Südkaukasus noch zu schwach ausgebildet, um eine ideale Verflechtung von Interessen der Energieerzeuger-, der Transit- und Abnehmerländer zu unterstützen.

Aktivitäten der EU im Schwarzmeerraum

ENP

Am 1. Juli 1999 traten die drei Partnerschafts- und Kooperationsabkommen (PKA) zwischen der EU und den drei Republiken des Südkaukasus in Kraft, um Armenien, Aserbaidschan und Georgien die allmähliche Annäherung an einen umfassenderen Kooperationsraum in Europa und in den Nachbargebieten zu ermöglichen. Gleiches gilt für Moldawien und die Ukraine, die bereits seit 1998 mit der EU durch PKA'en verbunden sind. Vier Jahre später wurde die ENP ins Leben gerufen, um die Beziehungen der EU zu ihren Nachbarländern im Südosten auf der Grundlage gemeinsamer politischer und wirtschaftlicher Werte auszubauen. Wie die EU regelmäßig betont, ist zwischen der ENP und dem EU-Erweiterungsprozess strikt zu unterscheiden, so dass die Beteiligung an der ENP keine erhöhte Beitrittswahrscheinlichkeit beinhaltet. Bemerkenswert ist die verspätete Einbeziehung der drei südkaukasischen Republiken in die ENP: Der erste Vorschlag der Kommission zur ENP erwähnte sie lediglich in einer Fußnote; erst nach dem Protest des Europäischen Parlaments (EP) erfolgte die Integration von Armenien, Aserbaidschan und Georgien in die ENP. Gleichzeitig wurde das Amt des EU-Sonderbeauftragten (derzeit: der schwedische Diplomat Peter Semneby) für den Südkaukasus geschaffen. Die verspätete Aufnahme der drei Länder in die ENP führte zu einer Verzögerung bei der Erstellung der entsprechenden nationalen Aktionspläne, die erst 2006 mit einer Laufzeit von fünf Jahren in Kraft traten. 2006 erfolgte eine erste umfassende Evaluierung der ENP durch die Kommission, deren Ergebnisse sie in ihrer "Mitteilung zur Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik" auswertete. Darin bezeichnet sie einen intensivierten regionalen Ansatz der EU im Schwarzmeerraum als einen "wesentlichen Bestandteil" der künftigen ENP.

TRACECA

Die EU initiierte Mitte der 1990er Jahre die ersten transkontinentalen Projekte im "erweiterten

Schwarzmeerraum". Es handelt sich zum einen um das 1993 aufgelegte *Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia-Programme* (TRACECA), das auf die Schaffung von Transportkorridoren sowohl auf dem Land- als auch auf dem Seeweg zwischen Europa über den Kaukasus bis nach Zentralasien ausgerichtet ist. Bis 2002 wurden aus dem TRACECA-Budget 46 Einzelprojekte für insgesamt 99,6 Millionen US-Dollar finanziert, davon 33 Forschungsprojekte und 13 Investitionsprojekte zum Wiederaufbau der Infrastruktur.

INOGATE

Zum anderen sollte das *Interstate Oil and Gas Transport to Europe-Programme* (INOGATE) für die Entwicklung von transnationalen und transkontinentalen Gas- und Ölpipelines sorgen. Erste (Teil-)Erfolge konnten 2005 mit der Errichtung der Baku-Tiflis-Ceyhan-Pipeline und mit den Arbeiten an der Gas-Pipeline von Baku nach Erzurum verzeichnet werden.

Diese ersten konzeptionellen Ansätze täuschen jedoch nicht darüber hinweg, dass die Region um das Schwarze Meer aus „Brüsseler“ Perspektive bis vor kurzem sowohl geographisch als auch geopolitisch weitgehend von peripherer Bedeutung war. Erst seit einigen Jahren lässt sich ein Wandel der Rezeption durch die EU-Institutionen verzeichnen. 2003 forderte die GRÜNE/EFA-Fraktion im EP Rat und Kommission wiederholt auf, regionale Kooperationsbemühungen zu fördern und finanziell zu unterstützen. Ferner betonte sie nachdrücklich die Notwendigkeit, einen EU-Sondergesandten für den Südkaukasus zu benennen, "um die Wirksamkeit der Maßnahmen der EU in der Region zu erhöhen und in Zusammenarbeit mit der UN und der OSZE zu einer friedlichen Lösung der (...) Konflikte beizutragen". Im November 2006 brachten die stellvertretenden Vorsitzenden der SPE-Fraktion im EP Hannes Swoboda und Jan Marinus Wiersma die Idee einer "EU-Schwarzmeer-Gemeinschaft" vor, "um die Länder stärker an die Europäische Union zu binden. Es handelt sich dabei um eine Art Vorbereitungsstufe, die nicht zwangsweise, aber möglicherweise zur Mitgliedschaft führt, wenn die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt sind".

Baku-Initiative

Im Rahmen der sog. Baku-Initiative unterstützt die EU die Staaten des erweiterten Schwarzmeerraums, funktionierende Märkte für Öl, Gas und Strom in Orientierung an die rechtlichen Strukturen des europäischen Energiemarktes zu schaffen. Für die Energiesicherheit und hinsichtlich einer notwendigen Diversifizierung der Energieversorgung gewinnt die Region mit ihrem enormen Anteil an den Weltenergieserven stetig an strategischer Bedeutung. Die Grundlagen für die Baku-Initiative wurden am 13. November 2004 auf der Konferenz der Energieminister von Armenien, Aserbaidschan, Weißruss-

land, Georgien, Kasachstan, Kirgistan, Moldawien, der Ukraine, der Türkei, Turkmenistan, Usbekistan und der Russischen Föderation (Beobachterstatus) gelegt; die EU wird bei den Verhandlungen durch die Kommission (Generaldirektionen Verkehr und Energie und Außenbeziehung sowie EuropeAid – Amt für Zusammenarbeit) repräsentiert. Die Zusammenarbeit bestätigt das gegenseitige Interesse an der Entwicklung regionaler Energiemärkte in den Partnerländern, um die schrittweise Integration der regionalen Energiemärkte und des EU-Marktes zu fördern. Unter Beteiligung des neuen Partnerlandes Tadschikistan fand am 30. November 2006 die erste Folgekonferenz statt, in deren Rahmen ein neuer Energiefahrplan vereinbart wurde. Diese *road map* verknüpft die aktuelle Lage in den regionalen Energiesektoren mit dem langfristigen Ziel einer gemeinsamen Energiestrategie: Sie soll den Weg für einen umfassenden Rechts- und Regulierungsrahmen bereiten, auf dem zukünftig ein integrierter und auf dem Besitzstand der EU aufbauender Energiemarkt der EU, der Schwarzmeerregion und des kaspischen Raums beruhen soll. Für die neue und engere Zusammenarbeit der Partnerländer gelten vier vorrangige Kooperationsbereiche: Konvergenz der Energiemärkte, Verbesserung der Energiesicherheit, Förderung nachhaltiger Energieformen, Gewinnung von Investoren für Energieprojekte.

"Schwarzmeersynergie"

Mittlerweile beabsichtigt die EU, ihre Interessen in der Region nicht mehr – wie bisher geschehen – aus Rücksicht auf ihre guten Handelsbeziehungen zu Russland zurückzustellen; auch betrachtet sie die *frozen conflicts* nicht mehr als vorrangigen Zuständigkeitsbereich der OSZE- und UN-Institutionen. Als Ergänzung und Stärkung der bislang bilateral geprägten Konzepte in der Schwarzmeerregion (z. B. die nationalen Aktionspläne für die Ukraine, Moldawien und die drei südkaukasischen Republiken) hat die Kommission am 11. April 2007 das multilaterale Konzept der „Schwarzmeersynergie“ vorgestellt. Es knüpft an die sektoralen Programme und Initiativen u.a. in folgenden Bereichen an: verantwortungsvolles Regieren, Personenverkehr und Sicherheit, Energie, Verkehr, Umweltschutz, Meeresstrategie, Fischerei, Handel, Forschung, Bildung, Beschäftigung, soziale Belange, Wissenschaft und Technologie. Die Kommission stellt die Beteiligung von Nachbarregionen an den entsprechenden Maßnahmen in Aussicht, „wenn deren Thematik in engem Bezug zu der einen oder anderen dieser Regionen verknüpft“ sei. Ausdrücklich erwähnt wird hierbei der Zusammenhang zwischen der Schwarzmeerregion und Zentralasien.

Im Umgang mit den *frozen conflicts* befürwortet die Kommission eine „aktiveren Rolle der EU“ und empfiehlt neben einem stärkeren politischen

Engagement, nach „Mitteln und Wegen“ zu suchen, die Mitwirkung der EU „z.B. bei der begleitenden Beobachtung zu verstärken“. Gezielte, auf die Problemursachen ausgerichtete Maßnahmen könnten das „Gesamtklima“ aufhellen und zur Stärkung der Regierungsführung, der Wirtschaftsentwicklung, der gesellschaftlichen Zusammenarbeit sowie zur Verbesserung der Sicherheitslage und zu politischer Stabilität beitragen.

Die grenzüberschreitende Zusammenarbeit (sog. GÜZ-Programm) soll die Entwicklung zivilgesellschaftlicher Organisationen und die lokale Zusammenarbeit in der Küstenregion des Schwarzen Meeres fördern. Die finanzielle Unterstützung folgt grundsätzlich dem Prinzip der Mitfinanzierung. Darüber hinaus und „je nach Opportunität“ kann die EU Gelder mittels einzelstaatlicher, regionaler und grenzüberschreitender ENP-Programme, über Instrumente der Drittländershilfe und – wenn es um die EU-Mitgliedstaaten geht – über den EU-Regionalentwicklungsfonds bereitstellen.

Weitere auswärtige Akteure

Die besondere Aufmerksamkeit des deutschen EU-Ratsvorsitzes hinsichtlich der "östlichen Dimension" der ENP gilt **Russland** und seinen Interessen und Ansprüchen in der Schwarzmeerregion. Auch nach Auflösung der Sowjetunion und trotz der Unabhängigkeitserklärungen in Georgien, Armenien und Aserbaidschan kann der Abnabelungsprozess der drei Länder von Russland nicht als beendet erklärt werden. Wirtschaftliche Dominanz und teilweise auch militärische Kontrolle sind Ausdruck der verbliebenen russischen Präsenz – nicht nur in den *frozen conflicts*, sondern auch im übrigen Schwarzmeerraum. In seinem Bewusstsein als "globaler Akteur" lehnt Russland seine Integration in die ENP ab und strebt statt dessen eine "strategische Partnerschaft" mit der EU an, die sich in "vier Räumen" auswirken soll: einem Gemeinsamen Wirtschaftsraum, einem Gemeinsamen Raum der inneren sowie der äußeren Sicherheit und einem Gemeinsamen Forschungs-, Bildungs- und Kulturraum. Angesichts der *de jure* und *de facto* bestehenden Bindungen Russlands zum Schwarzmeerraum und um eine "Konkurrenz" zu vermeiden, werden im Rahmen der "neuen Ostpolitik" der EU die Interessen der Russischen Föderation nicht außer Acht gelassen. Vor dem Hintergrund, dass das 1997 abgeschlossene EU-Russland-PKA 2007 ausläuft, bemüht sich die EU um eine Neuauflage eines entsprechenden PKA.

Die von der EU angestrebte "Schwarzmeersynergie" wird von Russland abgelehnt, weil es sich darin nicht hinreichend berücksichtigt findet. Russische Diplomaten warnen, das Schwarzmeerprojekt der EU werde scheitern, wenn „Moskau“ kein bedeutenderer Part eingeräumt werde. Der russische Botschafter bei der EU Vladimir

Chizhov verglich die Situation mit der Entwicklung der sog. Nördlichen Dimension: "Sie begann als EU-Initiative und scheiterte. Daraufhin wurde sie zu einem gemeinsamen Projekt der EU, Russlands, Norwegens und Islands umgestaltet – und funktioniert". Er sehe ein, dass die EU mit ihren neuen Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien am Schwarzen Meer nun "physisch präsent" sei, aber da diese Länder sowohl Mitglieder der BSECO als auch des Schwarzmeerforums seien, bestünde keine Notwendigkeit für zusätzliche – evtl. EU-dominierte – Strukturen.

In direkter geopolitischer Konkurrenz zu Russland üben auch die **USA** einen erheblichen Einfluss auf die Region aus. Ihre Hauptinteressen gelten der Förderung der Demokratie, dem sicherheitspolitischen Engagement sowie der Energieversorgungssicherheit insbesondere hinsichtlich der Energietransitregion Südkaukasus. Welch hohen strategischen Stellenwert der Schwarzmeerraum für die USA einnimmt, kommt in ihren verstärkten aktiven Bemühungen hinsichtlich eines NATO-Beitritts von Georgien und der Ukraine zum Ausdruck.

Fazit

Eine vertiefte Kooperation im und mit dem Schwarzmeerraum bietet der EU v. a. strategische Vorteile im sicherheits- und energiepolitischen Bereich. Ihre Mitgliedstaaten Bulgarien, Rumänien und Griechenland sind aktiv und direkt an der BSECO beteiligt. Die neue „Schwarzmeersynergie“ ist dementsprechend auf eine größere Kohärenz der Programme ausgerichtet. Erschwert wird der stabilitätsorientierte Ansatz der EU jedoch durch die andauernde "Identitätskrise" des gesamten Schwarzmeerraums. Die Region leidet unter Sicherheitsproblemen und einem Entwicklungsdilemma, das v. a. durch kurzlebige Regierungen, die ebenso kurzfristige Interessen verfolgen, genährt wird.

Die Stabilisierung der Situation um das Schwarze Meer würde auch das wirtschaftliche Vorankommen der EU in der Region begünstigen. Der Schwarzmeerraum stellt als Energiekorridor die entscheidende Zone für die – von den auswärtigen Akteuren angestrebte – Energiesicherheit dar. Die Kommission unterstützt in diesem Rahmen insb. den Beitrag der Baku-Initiative zur Entwicklung einer gemeinsamen Energiestrategie der EU und den Ländern des Schwarzmeerraums.

Quellen:

- Mitteilung der Kommission „Die Schwarzmeersynergie – eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit“, 11. April 2007, KOM(2007)160 endg.
- Mitteilung der Kommission über die Stärkung der Europäischen Nachbarschaftspolitik, 4. Dezember 2006, KOM(2006)726 endg.
- Mitteilung der Kommission „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der Europäischen Union zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“, 11. März 2003, KOM(2003)104 endg.
- Erster Vorschlag der Kommission „Größeres Europa – Nachbarschaft: Ein neuer Rahmen für die Beziehungen der Europäischen Union zu ihren östlichen und südlichen Nachbarn“, 26. Februar 2003, KOM(2003)104/1.
- Mitteilung der Kommission „Die Beziehungen der Europäischen Union zu Transkaukasien im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen“, 7. Juni 1999, KOM(1999) 272 endg.
- Mitteilung der Kommission betreffend Überlegungen zu einer Strategie der Europäischen Union in ihren Beziehungen zu den transkaukasischen Republiken, 31. Mai 1995, KOM(1995) 205 endg.
- Pressemitteilung der Kommission, 30. November 2006, IP/06/1657.
- Pressemitteilung der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament, 23. November 2006, <http://www.socialistgroup.eu/gpes/pressdetail.do?id=26189&lg=de>.
- Gernot Erler, „Regionale Kooperation und Energiesicherheit“ – Rede auf der Konferenz „Schwarzmeerkoope-ration – Energieversorgung und Energiesicherheit“ in Sofia, 13. Oktober 2006.
- Per Gahrton, Bericht über die Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament über die Beziehungen der Europäischen Union zu Südkaukasien im Rahmen der Partnerschafts- und Kooperationsabkommen, 28. Januar 2002, A2-0028-2002 endg.
- Per Gahrton, Bericht mit einem Vorschlag für eine Empfehlung des Europäischen Parlaments an den Rat zu der Politik der EU gegenüber dem Südkaukasus, 2. Februar 2004, A5-0052/2004 endg.
- Dr. Jörg Schneider/Katja Friese, „Die EU und Georgien“, Europa 23/06 vom 6. April 2006.
- Dr. Jörg Schneider, „Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP)“, Europa 55/06 vom 23. November 2006.
- Dr. Jörg Schneider, „Die EU-Russlandpolitik“, Europa 58/06 vom 30. November 2006.
- Hanns-D. Jacobsen, „Dimensionen einer neuen Ostpolitik der EU“, in: Das Parlament, 5. März 2007.
- Dr. Ernst Piehl, „Vertiefte Schwarzmeerkoope-ration im Interesse der Europäischen Union“, in: Thema aus Brüssel, Friedrich-Ebert-Stiftung, März 2007.
- Andrew Rettman, „EU's new Black Sea policy faces Russians misgivings“, in: EUObserver, 16. Februar 2007.

Dipl.iur.(univ.) Barbara Thoma, Sekretariat des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (PA 21), Tel.: (030) 227-34896, E-mail: europaausschuss@bundestag.de